

Bündnis Soziale Bewegung

Zum Selbstverständnis unserer Zusammenarbeit

Worum geht es?

Wesentliche Gesichtspunkte der Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Probleme in Deutschland sind in der „Castroper Erklärung“ beschrieben, die unserem Bündnis als Grundlage dient. Dabei geht es nicht „nur“ um Sozialabbau. Der Wettstreit der Parteien um die radikalsten Eingriffe zeigt deutlich: wir sind in einen Systemwechsel weg vom Sozialstaat und hin zu einem „Wettbewerbsstaat“ eingetreten. „Hartz“ und „Agenda 2010“ sind noch längst nicht das Ende.

Das Solidarprinzip wird zunehmend verdrängt vom Konkurrenzprinzip. Die Billigung der „Agenda 2010“ durch erdrückende Mehrheiten in den Regierungsparteien und die teils noch radikaler in die gleiche Richtung zielenden „Konzepte“ der Opposition haben nochmals deutlich gemacht, dass neue Perspektiven für Sozialstaat und solidarische Gesellschaft nur noch im Wege einer starken Sozialen Bewegung aus der Gesellschaft selbst heraus eröffnet werden können.

Dies gilt gleichermaßen für das **Land Nordrhein-Westfalen** und seine Städte und Gemeinden, wo die sich dramatisch zuspitzende Finanznot in Folge der verfehlten Steuer- und Verteilungspolitik des Bundes einen „sachzwanghaft“ erscheinenden Rückzug aus Sozialstaat und sozialer Verantwortung beschleunigt.

So hat das **„Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Konzentration“** der Landeskoalition gleichsam die Funktion einer Agenda 2010 für das Land. Es orientiert nicht nur auf Haushaltskürzungen und harte Einschnitte in Leistungsgesetze in bislang unbekanntem Umfang, sondern setzt mit der Ankündigung einer Arbeitszeiterlängerung auf 41 Wochenstunden ein bundesweit bedeutsames Signal für Arbeitsplatzvernichtung und sozialen Rückschritt (Abbau von 11.300 weiteren Arbeitsplätzen allein beim Land). Ohne einen Richtungswechsel der Bundespolitik fehlt auch im Land und in der Kommune jede vertretbare Perspektive.

Es ist höchste Zeit, herauszutreten aus der „Zuschauerdemokratie“ und sich selber einzumischen!

Kernaussagen

Um politisch Wirkung zu erzielen, müssen wir Schwerpunkte setzen. Angesichts dessen, dass der „harte Kern“ der herrschenden Reformpolitik in Umverteilung von unten

nach oben besteht, kommt dem Thema

- Verteilung und Verteilungsgerechtigkeit

dabei eine übergreifende Bedeutung zu. Insbesondere wird es darum gehen, dies für die Sozialversicherung (Gesundheit, Rente, Erwerbslosigkeit, Pflege) zu konkretisieren. Dabei werden wir berücksichtigen, welche Fragen die öffentliche Diskussion in besonderer Weise prägen.

Wir wollen versuchen, gemeinsame Positionen der Kritik und der Alternativen gegenüber der Politik zu formulieren und diese in die Öffentlichkeit tragen. Wir finden uns nicht damit ab, dass im reichen Deutschland die Armut immer weiter wächst, damit die Reichen noch reicher werden!

- Wir wollen nicht zulassen, dass die öffentlichen Haushalte unter Preisgabe unverzichtbarer Aufgaben der Daseinsvorsorge auf dem Rücken Benachteiligter „saniert“ werden!
- Deshalb wollen wir gemeinsam für soziale Alternativen streiten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Sozialstaat erhalten bleibt und seine Leistungsfähigkeit den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt wird. Dies erfordert vor allem, dass die wirtschaftlich Stärkeren in unserer Gesellschaft entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens und der Absicherung der großen Lebensrisiken beteiligt werden, wie es der Sozialpflichtigkeit des Eigentums entspricht.
- Das *Bündnis Soziale Bewegung* will das öffentliche Diskussionsklima verändern, damit eine ernsthafte gesellschaftliche Diskussion um eine sozialstaatliche Zukunft dieses Landes wieder möglich wird. Für Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit wollen wir in der Gesellschaft den „Kampf um die Köpfe“ aufnehmen. Wir wollen die Zukunft nicht den „Modernisierern“ und Deregulierern überlassen, die heute mit der Macht des Großen Geldes die veröffentlichte Meinung beherrschen.
- Wir wollen denen eine öffentliche Stimme geben, deren Interessen vom neoliberalen Zeitgeist beiseite gedrängt werden und Betroffene selbst zu Wort kommen lassen.
- Dabei verbindet uns die gemeinsame Überzeugung, dass Sozialstaat gerade im 21. Jahrhundert nötig und möglich ist, während die neoliberale „Modernisierung“ eher ins 19. Jahrhundert zurück verweist.

Ein Bündnis (nicht nur) für NRW

Wir sind uns klar darüber, dass ein *Bündnis Soziale Bewegung* im Land NRW allein nicht ausreicht, um einen sozialen Richtungswechsel in der Bundespolitik herbei zu führen. Doch wir sind überzeugt: nicht durch Abwarten und Zuschauen, sondern allein durch praktisches Engagement in unserem Wirkungsfeld können wir ein Beispiel geben, das ausstrahlen und diese Kluft überwindbar machen kann. Und: es wäre schon Erhebliches gewonnen, wenn das Land NRW - seiner originären Verantwor-

tung (etwa für das Bildungswesen) entsprechend - sein bedeutendes Gewicht in der Bundespolitik für eine andere Politik einsetzen würde.

Wir sind uns auch klar darüber, dass wir nicht hoffen können, kurzfristig den Druck aufbauen zu können, der nötig ist, um die Politik zu einem Richtungswechsel zu drängen. Deshalb werden unsere Bestrebungen einem langen Atem brauchen. Maßstab unseres Erfolgs kann vorerst nicht die Gesetzgebung sein, sondern die schrittweise Formierung und Erstarkung einer Sozialen Bewegung.

Organisation

Gute Ideen können sich nur verbreiten, wenn sie Strukturen haben und „Beine kriegen“. Wir werden deshalb zunächst eine gemeinsame Infrastruktur aufbauen. Auf der Landesebene werden sich die UnterstützerInnen des *Bündnis Soziale Bewegung* in regelmäßigen Abständen zu gemeinsamen Verabredungen im Plenum treffen. Zur gezielten Vorbereitung und kontinuierlichen Koordinierung wird eine Vorbereitungsgruppe gebildet. PartnerInnen, die sich uns im weiteren Verlauf anschließen wollen, bleiben jederzeit willkommen.

Eine Soziale Bewegung lebt vom freiwilligen Engagement vieler. Deshalb ist unsere vorrangige Aufgabe, die Bildung oder Weiterentwicklung **lokaler Bündnisse vor Ort** anzuregen, zu ermutigen und zu unterstützen. Auf der lokalen Ebene kann die Verknüpfung mit aktuellen und brisanten **lokalen Themen** hilfreich sein.

Dazu wollen wir auch geeignete Materialien entwickeln, ReferentInnen bereitstellen und Multiplikatorenveranstaltungen durchführen.

Sobald ein Netz handlungsfähiger örtlicher Strukturen besteht, werden wir in einer **Aktionskonferenz** der örtlichen Initiativen das weitere Vorgehen beraten.

Zur **Finanzierung** unserer gemeinsamen Aktivitäten tragen alle BündnispartnerInnen nach Maßgabe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bei. Ein/e noch zu bestimmende/r Finanzverantwortliche/r gewährleistet eine transparente und nachvollziehbare Rechnungsführung und Abrechnung.

Beschluss vom 06.08.2003